Morgen-Ausgabe.

„Berliner Tageblatt" und „Handels-Zeitung" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags einmal. Gratis-Beiblätter zum „Berliner Tageblatt": jeden Montag „Zeitgeist", jeden Mittwoch „Technische Rundschau", jeden Donnerstag und Sonntag illustrierte Chronik „Der Welt-Spiegel", jeden Freitag das illustrierte Wipblatt „ULK", jeden Sonnabend „Haus Hof Garten". Man abonniert bei allen Postanstalten des Deutschen Reiches, Oesterreich-Ungarns, der Schweiz, Italiens, Belgiens, Luxemburgs, der Niederlande, Dänemarks, Schwedens, Norwegens, Rußlands und der Donaufinanten; für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur per Kreuzband durch d. Exped. d. Blattes möglich. In Berlin abonniert man b. d. Haupt-Expedition SW. 19, Jerusalemerstr. 46/49, sow. den nebenstehend aufgeführten Filialen.
Chef-Redakteur: Theodor Wolff in Berlin.

Abonnements-Preis durch d. Post bezog. vierteljährl. 6 M., Ausland extl. Postaufschlag; für Berlin b. tägl. zweimal. Zustell. monatl. 2 M., vierteljährl. 6 M. Direkt unt. Kreuzbd. vierteljährl.: fürs Ausland 18 M., fürs Inland 14 M. Inserate, Zeile 70 Pf. (General-Anzeig. 40 Pf.). Inseraten- u. Abonnem.-Annahme in d. Haupt-Exped. SW. 19, Jerusalemerstr. 46/49, u. den Filial.: Leipzigerstr. 103; Potsdamerstr. 33; Bayrenterstr. 33 (a. Wittenberg-Platz); Königstr. 56/57; Prinzenstr. 41; Rathenowerstr. 3; Schiffbauerdamm 1; Große Frankfurterstr. 33; Petersburgerstr. 2; Mitscherstr. 69 (Ecke Johannisstisch); Gerauerstr. 20; Rykestr. 31; Schulzendorferstr. 27 (am Wedding-Platz); Schöneberg, Vorbergstr. 8; Charlottenburg, Kantstraße 54; Rixdorf, Prinz Handjerystraße 83/84; Pankow, Berlinerstr. 130; Lichtenberg, Frankfurt. Chaussee 129; Weißensee, Königs-Chausseeal 5.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt

Nr. 431
37. Jahrgang

und Handels-Zeitung.

Dienstag
25. August 1908

Die österreichische Flotte.

„Die Armee verdorrt", mußte der österreichische Kriegsminister vor einigen Monden im Parlament verzweifelt ausrufen. Wenig genug war es, was ihm daraufhin bewilligt wurde: ein paar tausend Mann für die Landwehr! Noch geiziger waren die Ungarn. Die Rücksichten auf die innere Politik, die Sorge für die Freiheit und Selbständigkeit ihrer „Krone" überwiegen bei ihnen weit die patriotischen Erwägungen, die eine Stärkung des gemeinsamen Heeres dringend verlangen. Es ist immer mißlich, sich in die innerpolitischen Kämpfe eines wenn auch noch so innig verbündeten anderen Staates einzumischen. In diesem Falle aber verlangt es die Rücksicht auf uns selbst, immer wieder festzustellen, daß die militärische Hauptlast des Dreibundes von Deutschland getragen wird, und daß insbesondere Oesterreich nicht annähernd das leistet, was seine Volkszahl und seine Steuerkraft von ihm in seinem eigenen Interesse verlangen würden. Wir in Deutschland finden, daß unser trefflicher Verbündeter sich ein wenig stark auf den Rüchalt verläßt, den das mächtige Deutschland ihm gewährt. Das könnte aber unserer Politik — jeder ist sich selbst der Nächste — gelegentlich die Erwägung nahelegen, ob wir unseren Vorteil nicht besser durch andere Kombinationen als gegenwärtig wahren sollten. Im Verhältnis der beiderseitigen Bevölkerungszahl ist das österreichisch-ungarische Heer gegenwärtig um reichlich 90,000 Mann zu schwach, wenn wir es mit dem unserigen vergleichen. Für den Kriegsfall bedeutet dies einen Ausfall von einer halben Million Streiter, wobei wir noch besonders darauf hinweisen müssen, daß auch die Dienstpflicht dort nur 12, bei uns aber 18 Jahre dauert, was einem weiteren Ausfall von einer halben Million österreichischer Kämpfer gleichkommen wird.

Noch schlimmer aber steht es um die österreichische Flotte. In Deutschland, wo man sich durch die Kenntnis fremder Heereseinrichtungen nicht gerade besonders auszeichnet, wird mancher vielleicht ganz verwundert fragen: „Gibt es denn überhaupt so ein Ding?" Denn die Zeiten von 1866, wo ein Tegetthoff den glorreichen Seesieg von Lissa über die weit überlegene Flotte der Italiener davontrug, liegen fast schon in legendenhaftem Dunkel hinter uns. Und seitdem hört man von einer österreichischen Flotte so wenig, daß man sich daran gewöhnt hat, die Donaumonarchie als reinen Kontinentalstaat zu betrachten. Wenn das Heer verdorrt — man muß derartige militärische Kraftausdrücke natürlich nicht ganz wörtlich nehmen —, so ist es sicher, daß die Seemacht seit langem nur ein Scheinleben führt und ihren wichtigen Aufgaben bei weitem nicht gewachsen ist. Danzers Armeezeitung, schwarz-gelb bis in das Mark ihrer Knochen, hat schon den Vorschlag machen können, unter solchen Umständen die paar brauchbaren Schiffe, wie einst unter Hannibal Fischer die Anfänge einer deutschen Seemacht, lieber zu versteigern. Ernsthafter behandelt ein anderer Aufsatz der gleichen militärischen Zeitschrift die Frage, der jetzt in besonderem Abdruck*) erschienen ist und auch für deutsche Politiker schätzbares Material und beachtenswerte Betrachtungen enthält.

Während der deutsche Flottenhaushalt für 1907 sich auf 278 Millionen Mark belief und sich auf Grund des Gesetzes in rascher Steigerung befindet (1908 = 339 Millionen, 1911 = 462 Millionen), begnügen sich die Oesterreicher mit einer Ausgabe von sage und schreibe 55 Millionen Mark. Immerhin bedeutet schon diese Ziffer, geringfügig wie sie uns erscheint, eine Verdoppelung der Aufwendung seit zehn Jahren; die höchste Ausgabe innerhalb dieser Zeit, im Jahre 1905, belief sich ganz ausnahmsweise auf 78 Millionen Mark.

Nun sagen viele Leute in Oestreich (und beiläufig auch bei uns), daß die geringe Küstenentwickelung des Landes eine stärkere Flotte als Luxus erscheinen lasse. Demgegenüber weist der ungenannte Verfasser mit Ernst und Nachdruck darauf hin, daß nicht die Küste, sondern die politischen und militärischen Rücksichten für die Stärke der Flotte maßgebend sein müßten. Auch die Engländer, die man in diesen Dingen doch als maßgebend betrachten dürfe, hätten den Grundsatz aufgestellt, daß ihre Seemacht stets der vereinigten der beiden nächststärksten Flotten überlegen sein müsse.

Es ist nun bezeichnend, daß man in Oesterreich — in Heereskreisen jedenfalls ganz ausschließend — alle militärischen Fragen lediglich unter dem Gesichtspunkte eines Zusammenstoßes mit Italien behandelt. Dort geschieht übrigens das gleiche in umgekehrter Richtung. Auch hiernach werden wir in Deutschland gut tun, den gegenwärtigen Wert des Dreibundes einzuschätzen. Der Verfasser stellt es also als Aufgabe einer richtigen Marinepolitik hin, daß die österreichische Flotte der italienischen in der Adria unter allen Umständen gewachsen sein müsse. Mit vollem Rechte schätzt er den Wert einer Mitwirkung der Flotte bei den Operationen des Landheeres, fördernd oder hemmend, als sehr groß, unter Umständen als entscheidend ein. Die Ereignisse des ostasiatischen Krieges liefern gerade hierfür Belege in Hülle und Fülle. Abgesehen aber von dem unmittelbaren Einfluß auf die kriegerischen Begebenheiten ist das Dasein einer starken Flotte auch für die Freiheit der Einfuhr, die im Kriege wichtiger noch ist als im Frieden, von größter Bedeutung.

Natürlich haben auch wir als Verbündete Oesterreichs genau das gleiche Interesse; wollen wir aber als unverbesserliche Optimisten die Hoffnung festhalten, daß auch im kriegerischen Ernstfalle der Dreibund sich bewähren möge, so kommt für uns noch der andere Gesichtspunkt hinzu, daß Oesterreich und Italien zusammengenommen den Seestreitkräften gewachsen sein sollten, die Frankreich und eventuell England für das Mittelmeer verfügbar haben. Darin läge zugleich der sicherste Schutz der langgestreckten italienischen Küste gegen feindliche Landungsunternehmungen und die einzige Möglichkeit einer kräftigen Kooperation des italienischen Landheeres gegen Frankreich.

Beiden Aufgaben ist die österreichische Flotte in absehbarer Zeit nicht entfernt gewachsen; insbesondere kann sie, wenn nicht ein Wunder eintritt, die Adria gegen die italienische Flotte nicht halten. Gewissenhafte Politiker dürfen doch nicht mit einem Wunder rechnen, ihre Maßnahmen nicht darauf bauen, daß auf der einen Seite immer ein Tegetthoff, auf der anderen ein Persano führen werde; sie müssen vielmehr Ausbildung, Moral, Führung bei beiden Gegnern zunächst als vollkommen gleich annehmen.

Dann aber ist die Lage der österreichischen Flotte eine trostlose. Bis zum Jahre 1911 kann sie nur mit 6 Schlachtschiffen rechnen, von denen die eine Hälfte je 8300, die andere je 10,600 Tonnen Wasser verdrängt, während die Italiener 8 Panzerschiffe und 4 Panzerkreuzer von mehr als der doppelten Größe, Stärke und Geschützzahl in das Gefecht führen können. Außerdem besitzt Oesterreich nur 3 kleine ältere Panzerschiffe, die man bei uns als „schwimmende Särge" bezeichnen würde, wogegen Italien mit 7 älteren Schiffen aufwarten kann, die je 11,000 bis 13,900 Tons Wasser verdrängen. Und während Oesterreich sich endlich dazu entschlossen hat, drei neue Schlachtschiffe von — sage und schreibe — 14,600 Tons zu bauen, ist Italien wie alle großen Seemächte alsbald zu Schiffen von mehr als 18,000 Tons übergegangen, von denen es bis 1911 vier Einheiten besitzen wird. Seine Ueberlegenheit über Oesterreich wird also in Zukunft eine noch vernichtendere werden, als sie schon gegenwärtig ist.

Man kann es „Danzers Armeezeitung" nachfühlen, wenn sie gegen solche Zustände im Landheere wie im Seeheere ihre warnende Stimme erhebt. Der Lohn der Bureaukratie dafür ist auch nicht ausgeblieben: man hat den aktiven Offizieren verboten, für das unbequem offenherzige Blatt zu schreiben. Die Bureaukraten sind sich überall gleich: in Oesterreich wie in Deutschland und Rußland!

Cädke,
früher Oberst und Kommandeur des Feldartillerie-Regiments 41.

*) Die Schwächen unserer Kriegsflotte. Wien 1908. Verlag von A. W. Seidel u. Sohn, Wien I. Graben 13.

Eine Unterredung mit Osman Nisami.

(Telegramm unseres Sonderberichterstatters.)

Konstantinopel, 24. August.

Ich hatte heute Gelegenheit, Osman Nisami, den stellvertretenden Kriegsminister, über seine Reformpläne der türkischen Armee zu befragen. Er erklärte mir folgendes:

Zunächst möchte ich bemerken, daß ich von meiner bevorstehenden Ernennung zum Berliner Botschafter noch nichts weiß. Was nun das Programm meines Ressorts anbetrifft, so kann ich Ihnen folgendes mitteilen: Sämtliche höheren Offiziere, die durch das alte Regime kompromittiert sind, werden entweder pensioniert oder entlassen und auf Halbsold gesetzt werden. Eine gründliche Reform der Armee nach deutschem Muster mit Einschluß von Manövern und anderen kostspieligen Ergänzungen kann erst nach Aufnahme einer größeren Anleihe erfolgen. Die Sanierung des Offizierkorps unter Beseitigung der hohen Gehälter und überflüssigen Günstlinge wird große Ersparnisse ermöglichen, die zur Erhöhung der Gehälter der Subalternoffiziere verwendet werden sollen. Alles, was sich mit den vorhandenen Mitteln erreichen läßt, wie umfassende Personaländerungen, kleine Manöver und Schießübungen, wird jetzt schon verwirklicht werden. Die Gehälter werden jetzt möglichst oft, später regelmäßig bezahlt. Die Lieferanten sollen gegen bar liefern, um große Verpflegungsersparnisse zu ermöglichen. Das ganze Volk hat die Ueberzeugung, daß wir eine starke Armee für den inneren Ausbau und die Wiedergeburt des Landes haben müssen. — Nisami glaubt, daß es kaum nötig sein werde, die Mächte an die Aufhebung der Kapitulationen zu erinnern; es genügten ehrliche Richter, zweckmäßige Gesetze und eine sichere Post, damit die Kapitulationen bald von selbst fallen gelassen werden. Auch die Reorganisation des Militärsanitätswesens soll nach deutschem Muster in Angriff genommen werden.

Nisami ist, wie schon gemeldet, in Deutschland ausgebildet. Seine Mutter ist eine Wienerin und spricht fließend deutsch. Er ist ein geistreicher Causeur und macht einen außerordentlich sympathischen Eindruck. Der Minister Tewfik hat ihn, wie ich trotz der Erklärung Nisamis versichern kann, zum Gesandten in Berlin vorgeschlagen, obschon er im allgemeinen prinzipieller Gegner der Militärdiplomaten ist.

Die Spitzbergen-Frage und Schweden.

(Von unserem Korrespondenten.)

Stockholm, 22. August.

Hier ist ziemliche Mißstimmung durch die Meldung entstanden, daß die norwegische Regierung demnächst die Großmächte zu ersuchen beabsichtige, im Wege eines internationalen Kongresses die Spitzbergen-Frage zu regeln und Spitzbergen unter eine permanente internationale Kontrolle zu stellen. Man ist unangenehm berührt davon, daß die Norweger bei ihrer beabsichtigten Aufforderung an die Großmächte Schweden völlig unbeachtet lassen zu wollen scheinen. Unter der Ueberschrift „Eine sonnenklare Sache" brachte das offizielle Stockholmer Blatt „Postiidningen" über die Angelegenheit einen sehr bestimmt lautenden Leitartikel. Darin heißt es, das Blatt sei von kompetenter Seite zu erklären beauftragt, daß, wenn jemals eine internationale Kontrolle über Spitzbergen wirklich eingerichtet werden sollte, selbstverständlich Schweden als eine der am meisten interessierten Mächte an dieser Kontrolle teilnehmen werde. Charakteristisch ist, daß in dieser offiziellen Mitteilung kein Wort über das Faktum an sich enthalten ist, daß Norwegen die Initiative zur Einrichtung einer solchen internationalen Kontrolle ergriffen hat.

Die Meinung, daß im Grunde Schweden die Spitzbergengruppe selbst annektieren möchte, wird gleichzeitig entschieden von der Hand gewiesen. In deutschen Blättern war angedeutet worden, daß der im Jahre 1909 in Stockholm zusammentretende internationale Geologenkongreß Schweden möglicherweise die Gelegenheit geben werde, öffentlich den Anspruch auf Okkupation Spitzbergens zu erheben. Dabei wurde der alte Irrtum aufgewärmt, daß Schweden in den siebziger Jahren Spitzbergen habe annektieren wollen, jedoch durch Widerstand norwegischerseits daran gehindert worden sei. „Aftonbladet" wendet sich sehr scharf gegen diese Darstellung. Es weist, um sie zu widerlegen, mit Nachdruck darauf hin, daß de Geer vor seiner diesjährigen Abreise nach Spitzbergen die Insinuation schwedischer Annektierungsgelüste mit Entrüstung als sinnlos zurückgewiesen habe. Mit Genugtuung hat man hier die in dem führenden norwegischen Blatt „Aftenposten" erschienene Erörterung der Sache gelesen. Darin war Verwahrung gegen die Annahme eingelegt worden, daß der erwähnte, Schweden wenig freundliche Artikel etwa norwegischen Ursprungs wäre. Es sei in Norwegen, sagt das Blatt, eine allgemein bekannte Tatsache, daß im Jahre 1872 die damals vereinigten Königreiche Norwegen und Schweden in Uebereinstimmung gehandelt hätten, und daß die damaligen gemeinsamen Pläne der vereinigten Königreiche ausschließlich am russischen Widerstande gescheitert seien. Freilich hat die Sache nach der Unionsauflösung ein anderes Gesicht bekommen.

In der hiesigen schwedischen Gesandtschaft

wurde über die Spitzbergen-Angelegenheit von dem Vertreter des Gesandten Grafen Taube, der sich augenblicklich auf Urlaub befindet, unserem TB-Mitarbeiter folgende Auskunft gegeben:

„Der Vorschlag Norwegens, die Mächte zu einer Konferenz zusammenzurufen, in der eine internationale Kontrolle über Spitzbergen beschlossen werden soll, datiert aus dem Jahre 1907. Bereits zu Anfang des genannten Jahres wurde dieser Vorschlag von Norwegen den Mächten durch Kollektivnote unterbreitet. Inzwischen ist die Angelegenheit in der Schwebe geblieben, und die Berliner schwedische Gesandtschaft hat von der Stockholmer Regierung keine weiteren Informationen über den Fortgang der Verhandlungen oder über einen bereits anberaumten Termin der Konferenz erhalten."

Der gefährdete Block.

Nachdem schon seitens der freisinnigen Volkspartei eine ausreichende Sühne für die dem Liberalismus durch das Vorgehen gegen den Bürgermeister Schücking angetane Beleidigung gefordert worden war, hat gestern auch der Wahlverein der Liberalen (freisinnige Vereinigung) eine entsprechende Haltung eingenommen. Wie wir erfahren, war der geschäftsführende Ausschuß des Wahlvereins der Liberalen gestern zu seiner ersten ordentlichen Sitzung nach den Sommerferien zusammen getreten und hat sich vorzugsweise mit den bekannten Fällen reaktionärer Verwaltungspolitik in Preußen beschäftigt. Es herrschte volle Einstimmigkeit darüber, daß die bekannten Vorgänge auf dem Gebiete der inneren und der Selbstverwaltung sowie der Schulverwaltung in Preußen deutlich erkennen lassen, daß die Regierung nicht gewillt ist oder auch nicht die Macht besitzt, dem Liberalismus den ihm zukommenden Einfluß auf das Staatsleben zu gewähren. Der geschäftsführende Ausschuß des Wahlvereins der Liberalen war einmütig der Ueberzeugung, daß unter diesen Umständen die Regierung baldigst Remedur schaffen müsse, wenn sie mit der Weiterführung der Blockpolitik in Deutschland noch ernsthaft rechnet.

Wir begrüßen es mit Genugtuung, daß die freisinnige Vereinigung ihre fernere Unterstützung der Blockpolitik von einer Remedur im Fall Schücking abhängig macht. Das ist um so notwendiger, als nicht bloß die offiziöse Presse es als selbstverständlich hinstellt, daß Schücking verurteilt werden müsse, sondern auch solche Blätter, die an sich das Vorgehen der Schleswiger Regierung tadeln, doch zugleich flau zu machen beginnen. So vermißt die „Köln. Ztg.", die kürzlich noch gegen den Minister des Inneren scharfe Angriffe gerichtet hatte, bei Schücking jetzt plötzlich den „gesellschaftlichen Takt", behauptet, daß Schücking „nicht ganz vorwurfsfrei" dastehe